

Mutterschaft als modernisiertes Inklusionsversprechen für Frauen

Extrem rechte Thematisierungen von Mutterschaft vor dem Hintergrund der Krise der sozialen Reproduktion

Marie Reusch

Zusammenfassung: Untersucht wird, wie die extreme Rechte Widersprüche in der liberal-demokratischen Konstruktion von Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen für sich nutzbar macht. Dies arbeitet der Beitrag am Beispiel der Verschiebungen heraus, die Mutterschaft als Marker der Zugehörigkeit von Frauen im Zuge der Ökonomisierung der Sozialpolitik erfahren hat. Eine inhaltsanalytische Auswertung von Debattenbeiträgen extrem rechter Protagonistinnen zeigt, dass die Thematisierung von Mutterschaft der extremen Rechten als Vehikel dient, um Frauen ein modernisiertes Inklusionsversprechen zu machen. Vor dem Hintergrund der Krise der sozialen Reproduktion und des Einzugs neoliberaler Rationalitäten in den gesellschaftlichen Diskurs um Mutterschaft entfaltet dieses Angebot seine Wirksamkeit.

Schlüsselwörter: Mutterschaft, Liberalismus, völkische Ideologie, Krise der sozialen Reproduktion

Summary: The article addresses how the extreme right exploits contradictions in the liberal democratic construction of membership in a political community. This is further elaborated on the basis of the shifts that motherhood as a marker of women's membership has experienced in the course of the economization of social policy. A content-analytical evaluation of debate contributions by extreme right-wing protagonists shows that the thematization of motherhood serves the extreme right as a vehicle for making a modernized promise of inclusion to women. Against the background of the crisis of social reproduction and the entry of neoliberal rationalities into the social discourse around motherhood, this offer becomes effective.

Title: Motherhood as a Modernized Promise of Inclusion for Women. Extreme Right Thematisations of Motherhood against the Background of the Crisis of Social Reproduction

Keywords: Motherhood, Liberalism, völkisch ideology, Crisis of Social Reproduction

Jahrzehntelang basierte der Anspruch von Frauen in Deutschland auf Sozialleistungen auf Rechten, die sich – solange es sich nicht um bedürftigkeitsgeprüfte Leistungen handelte – aus ihrem Ehestatus ableiteten (vgl. Dackweiler 2010). Als Ehefrauen und Mütter mussten Frauen nicht erwerbstätig sein, um anspruchsberechtigt zu sein. Damit wurde gleichzeitig ein Schutzraum für gesellschaftlich notwendige Sorgetätigkeiten geschaffen, die Frauen als Müttern zugeschrieben und im familiären Bereich verortet wurden. Im Zuge der Ökonomisierung der Sozialpolitik (Evers 2008), die in Deutschland insbesondere mit der sogenannten Agenda 2010 in den Jahren 2003–2005 und der Reform der Familienpolitik in den Jahren 2007–2009 verbunden ist, wurde diese Konstruktion verändert. Fortan mussten auch Frauen ihren Anspruch auf Sozialleistungen über eigene Erwerbsarbeit erwerben und wurden damit kommodifiziert.

Die Konstruktion der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen markiert in der liberalen Demokratie Deutschlands seit der Institutionalisierung des Wohlfahrtsstaats Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen: Wer zugehörig ist, hat Anspruch auf Sozialleistungen. Wenn die Konstruktion der Anspruchsberechtigung auf Sozialleistungen verändert wird, wird damit auch die Konstruktion der Zugehörigkeit verändert. Ausgehend von diesem Zusammenhang argumentiere ich im Folgenden, dass im deutschen Sozialstaat bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts Mutterschaft¹ Bedeutung als Marker der Zugehörigkeit von Frauen hatte, die Kommodifizierung der Frauen diese Bedeutung jedoch verschoben und verschleiert hat. Am Beispiel der Thematisierung von Mutterschaft durch Protagonistinnen der AfD und der ‚Identitären Bewegung‘ zeige ich sodann, dass die extreme Rechte diese Bedeutungsverschiebung ausnutzt, indem sie ihrerseits Frauen ein modernisiertes Zugehörigkeitsversprechen macht, bei dem Mutterschaft im Zentrum steht. Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses modernisierten, extrem rechten Zugehörigkeitsversprechens erschließt sich, wie ich zeigen werde, nur im Kontext von Entwicklungen, die mit der Kommodifizierung von Müttern verbunden sind: die Krise der sozialen Reproduktion und Verschiebungen im gesellschaftlichen Diskurs über Mutterschaft.

Zunächst nehme ich grundlegende Widersprüche der politischen Zugehörigkeit von Frauen im Denkbau des Liberalismus und des liberaldemokratischen deutschen Sozialstaats in den Blick, da nur vor diesem Hintergrund die Veränderungen begriffen werden können, die mit der Ökonomisierung der Sozialpolitik und der Kommodifizierung von Müttern einhergingen. Sodann werde ich auf die Bedeutung von Mutterschaft für die völkische Ideologie und die Konstruktion des völkischen Gemeinwesens, die ‚Volksgemeinschaft‘, eingehen. Anschließend lege ich dar, wie die extreme Rechte mit ihren Thematisierungsweisen von Mutterschaft auf die gesellschaftspolitischen Veränderungen reagiert, die mit den oben skizzierten Entwicklungen einhergehen. Zuletzt diskutiere ich, inwiefern die extrem rechten Thematisierungsweisen von Mutterschaft als Ausdruck eines modernisierten Inklusionsversprechen für Frauen gedeutet werden können. Ein Fazit schließt den Beitrag ab.²

- 1 Wenn ich im Folgenden von Mutterschaft spreche, recurriere ich auf die Summe der politischen, ökonomischen und kulturellen Maßnahmen, mit denen die generative Reproduktivität der Frauen materiell und symbolisch organisiert und institutionalisiert wird. Diesem Verständnis von Mutterschaft als gesellschaftlicher Institution entspricht kein reales politisches Subjekt, sondern eine idealisierte Figur: die Figur der Mutter als gesellschaftliches Imaginäres und Leitbild für Frauen (vgl. Reusch i.E.). Das Konzept Mutter beschreibt damit keine Identität, sondern ein „historisch und kulturell spezifisches Phänomen“, eine „medial-historisch-politisch-kulturelle Imagination“ (Czerney/Eckert/Martin 2020: 5).
- 2 Für inspirierende Diskussionen zum Gegenstand dieses Beitrags danke ich Juliane Lang und Tina Jung, für konstruktive Hinweise darüber hinaus den anonymen Gutachter*innen.

Der politische Status der Mutterschaft und die Zugehörigkeit der Frauen – Widersprüche in der (neo-)liberalen Demokratie

Im gesellschaftlichen Common Sense westlicher Industrienationen gilt Mutterschaft zumeist als biologisches Phänomen, das sich nicht nur in der Natalität der meisten weiblichen Körper (dem „Schwangerwerdenkönnen“, Schrupp 2019, bzw. der „Fähigkeit zur Mutterschaft“, Pateman 1992) ausdrücke, sondern auch im vermeintlich von Natur aus fürsorglichen Charakter von Frauen. Feministische Wissenschaftler*innen haben jedoch die politische Relevanz der Mutterschaft herausgearbeitet. Mutterschaft sei, so schreibt etwa Carole Pateman (1992: 60), „ein politischer Status“. An verschiedenen Beispielen (der politischen Theorie des Republikanismus aus dem 18. Jahrhundert ebenso wie an der Konstruktionslogik des anglo-amerikanischen Wohlfahrtsstaats des 20. Jahrhunderts) zeigt sie, dass Mutterschaft eine zentrale Kategorie ist, um zu verstehen, wie Frauen in ein politisches Gemeinwesen inkludiert werden. Pointiert fasst sie zusammen: Als „das entscheidende Vehikel für die Einbeziehung von Frauen in die politische Ordnung [hat die Mutterschaft] die Pflicht der Frauen gegenüber dem Staat und ihre Rolle als Staatsbürgerinnen geformt“ (Pateman 1992: 60) – eine Pflicht, die darin bestehe, die generative Reproduktion sicherzustellen.

Im Folgenden werde ich am Beispiel Deutschlands nachzeichnen, welche Bedeutung Mutterschaft im liberalen Denken und im liberaldemokratischen politischen Gemeinwesen, dem Staat, für die politische Zugehörigkeit der Frauen zu diesem Staat hat. In einem zweiten Schritt werde ich darlegen, wie durch die Ökonomisierung der Sozialpolitik zu Beginn der 2000er-Jahre die Konstruktionslogik, mit der Frauen als dem politischen Gemeinwesen zugehörig definiert werden, grundlegend verändert wurde.

Die Bedeutung von Mutterschaft für die politische Zugehörigkeit von Frauen in der liberalen Demokratie

Die grundlegenden Prinzipien des Liberalismus – das Individuum als absoluter Bezugspunkt von politischem Handeln, eine besitzindividualistisch ausbuchstabierte Idee individueller Freiheit und rechtlicher Gleichheit sowie die Idee von Privatheit, in die der Staat nicht eingreifen darf – galten für Frauen lange Zeit nicht oder nur in eingeschränkter bzw. verbesonderter³ Weise: Über ein „Sonderrecht“ für (Ehe-)Frauen“ (Gerhard 1981: 154) wurden sie in der privaten Sphäre der Familie und des Hauses verortet (vgl. Hausen 1992), wo sie die Rolle als „biological reproducers of ‚the nation‘“ (Yuval-Davies 1996: 22) zu erfüllen hatten und nur vermittelt über ihren Status in Ehe und Familie in einem Verhältnis zum Staat standen (vgl. Appelt 1999). Intersektional durchsetzt mit spezifischen Zugehörigkeitskriterien entlang anderer Kategorien der Differenz (insbesondere Klasse und Ethnizität, vgl. jüngst etwa Grünendahl et al. 2019), war die Kategorie Geschlecht damit ein wirkmächtiger Faktor für die unterschiedliche Konstruktion der Zugehörigkeit von Männern und Frauen: Wo die Inklusion von Männern in das politische Gemeinwesen individualistisch und unmittelbar konstruiert war, wurde Mutterschaft zum Marker der verbesonderten Zugehörigkeit der Frauen. Parallel zum liberalen Individualismus existierte damit ein heimlicher Familialismus. Dieser Begriff

3 Der Begriff der Verbesonderung kann als Gegenbegriff zum Begriff der Verallgemeinerung verstanden werden. Während das Männliche in der politischen Theorie der Moderne als das Menschliche schlechthin eine Verallgemeinerung erfuh, wurde das Weibliche als das Andere verbesondert.

beschreibt „eine Ideologie der bürgerlichen, heterosexuell zweigeschlechtlich gedachten Kleinfamilie als ‚Leitform der Sozialstruktur‘“ (Notz 2015: 17), auf der wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen genauso basieren wie die Steuergesetzgebung; Frauen verortet sie vor allem in der Familie.

In der Konstruktion des nur mittelbaren Anspruchs von Frauen auf sozialstaatliche Leistungen – abgeleitet über die erwerbsarbeitsbezogenen Ansprüche ihrer Ehemänner – wird diese verbesonderte Konstruktion ihrer Inklusion besonders deutlich. Politisch institutionalisiert war diese mittelbare Zugehörigkeit der Frauen zum Wohlfahrtsstaat in der sogenannten Versorgung, die Frauen über ihren Ehestatus absicherte, und dem Familiengehalt für männliche Erwerbsarbeit. Beides war zwar historisch nur für kurze Zeit und nur für wenige Mittelschichts-Frauen wirklich soziale Realität, entfaltete aber „für die längste Zeit des 20. Jahrhunderts“ eine beträchtliche normative Wirkmacht (Lewis 2003: 39).

Wenngleich insbesondere im zeitlichen Zusammenhang mit den feministischen Kämpfen der Frauenbewegungen Veränderungen errungen wurden (etwa die Reform des Familienrechts in den 1970er-Jahren, durch die Frauen bürgerliche Rechte zuerkannt wurden, die ihnen bis dato verwehrt waren, wie das Recht, als Ehefrau eigenständig einen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen; vgl. etwa Berghahn 2011), erhielten diese Grundmuster der verbesonderten Inklusion und des heimlichen Familialismus erst im Zuge der Ökonomisierung der Sozialpolitik neue Vorzeichen, indem sie einer neoliberalen Rationalität angepasst wurden. Neoliberale Rationalität „beurteilt jede Sphäre und jedes menschliche Unterfangen unter wirtschaftlichen Aspekten; und sie ersetzt ein Gesellschaftsmodell, das auf dem gerechtigkeitsfördernden Gesellschaftsvertrag beruht, durch eines, in welchem die Gesellschaft als Markt wahrgenommen und organisiert wird und Staaten sich an Marktnotwendigkeiten orientieren“ (Brown 2019: 545).

In Deutschland ist diese Veränderung mit der Agenda 2010 (2003–2005) und der Reform der Familienpolitik (2007–2009) verbunden. Die Logik der Aktivierung und des ‚Forderns und Förderns‘, die sozialstaatliche Politik nunmehr anleitete, erfasste auch Mütter. Ihre soziale Absicherung wurde de-familialisiert und individualisiert: Der Zugang zu sozialstaatlichen Leistungen war nun nicht mehr an den Ehestatus, sondern an die eigene Positionierung auf dem Arbeitsmarkt gebunden. Dies galt auch für die neu eingeführte Anspruchsberechtigung auf Kinderbetreuung für unter Dreijährige. Frauen wurden damit weitgehend kommodifiziert, die Konstruktion ihrer (sozialstaatlichen) Zugehörigkeit wurde der für Männer vorgesehenen Logik angepasst. Damit veränderte sich die Bedeutung von Mutterschaft als Marker der Zugehörigkeit von Frauen zum politischen Gemeinwesen: Mutterschaft als Gravitationszentrum der verbesonderten Inklusion von Frauen verlor durch den an neoliberalen Rationalitäten orientierten Umbau des Sozialstaats ihre Sonderstellung und damit ihre unmittelbare politische Relevanz für die Konstruktion der Zugehörigkeit von Frauen. Allerdings blieb eine Leerstelle, denn die mit der Mutterschaft verbundenen Sorgetätigkeiten – das Gebären, Aufziehen, Betreuen und Begleiten von Kindern – waren schließlich weiterhin zu bewältigende Aufgaben. Es gab jedoch keine gesellschaftlichen Strategien, um auch diese Tätigkeiten auf neue Art in das Gemeinwesen zu integrieren. Dies löste eine Krise der sozialen Reproduktion aus.

Krise der sozialen Reproduktion und neoliberale Deutungsmuster von Mutterschaft

Die aktivierende Sozialpolitik zeichnet sich aus durch den „Vorrang der Erwerbsarbeit bzw. die Nachrangigkeit der Sorgeverpflichtungen gegenüber Kindern und Pflegebedürftigen“ (Leitner 2017: 59). Der gesellschaftliche Schutzraum für Fürsorgetätigkeiten, wie er mit der Institutionalisierung der nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätigen Ehefrau bestand, fällt durch die Kommodifizierung der Frauen weg (vgl. Auth/Klenner/Leitner 2015). Die Konsequenzen, die diese Priorisierung mit sich bringt, werden als Krise der sozialen Reproduktion gedeutet (vgl. zuletzt Winker 2021): eine Situation, in der die individuellen und gesellschaftlichen Kapazitäten dafür, den notwendigen Sorgeverpflichtungen nachzukommen, mehr als erschöpft sind. Denn Mütter sind aufgefordert, auf einem weitgehend flexibilisierten und deregulierten Arbeitsmarkt durch eigenständige Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern; gleichzeitig wurden keine gesellschaftlichen Lösungen für die weiterhin anfallende Care-Arbeit gefunden bzw. etabliert. Während also Mütter teilweise de-familialisiert wurden, verblieb ein Großteil der Care-Arbeit in den Familien (und dort bei den Frauen, vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2021; Hobler et al. 2020). Die Sorgearbeit wurde damit zum Gegenstand einer individuellen Vereinbarkeitsleistung, die je nach den individuellen finanziellen Möglichkeiten durch den Zukauf von Care-Leistungen – nicht selten erbracht von prekär bezahlten migrantischen Frauen – abgemildert werden kann.

Bestehen blieb jedoch auch das Leitbild, dass Frauen Mütter sein sollen: Nach wie vor werden Frauen gesellschaftspolitisch zur Mutterschaft „angerufen“ (vgl. Correll 2010); es wird also wie selbstverständlich davon ausgegangen und erwartet, dass sie Kinder haben bzw. bekommen werden. Über Anrufungen zur Mutterschaft werden Frauen gesellschaftliche Anerkennungs- resp. Identitätsangebote *als Mütter* gemacht und werden sie als Subjekte konstruiert (vgl. Correll 2010: 80ff.). Da dies wesentliche Vorbedingung für die Konstitution ihrer Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen ist, bleibt also Mutterschaft trotz der Kommodifizierung und Individualisierung der Frauen als Marker von Zugehörigkeit von Bedeutung: als (mehr oder weniger) implizite, verheimlichte Erwartungshaltung (vgl. Tichy/Krüger-Kirn 2018), als Subjektivierungsmodus von Weiblichkeit (vgl. Correll 2010) und als Ressource für die an Kindern zu leistende Fürsorgearbeit.

Verschleiert wird die strukturelle Dimension, mit der Frauen als Mütter für gesellschaftliche Care-Arbeit in Verantwortung genommen werden, auch durch den Einzug von post-feministischen, individualisierenden Perspektiven in den gesellschaftlichen Diskurs um Mutterschaft und in das gesellschaftliche Mutter-Ideal. Das an neoliberalen Rationalitäten orientierte Mutter-Ideal ist die „Do-it-all-mother“ (Tichy/Krüger-Kirn 2019) bzw. die „Top mom“ (Malich 2014): eine „Kombination aus Liberalismus und neo-konservativen Frauenrollen“, in der sich eine Spielart der neuen neoliberalen Rationalität, die Rhetorik der Wahlfreiheit, mit den alten Erwartungen an mütterliche Perfektion verbindet (Malich 2014: 153). Strukturelle Bedingungen für die individuelle ‚Performance‘ als Mutter werden dabei ausgeblendet; die Verantwortung für Gelingen oder Scheitern wird individualisiert. Das neoliberale Versprechen (nicht nur) an Mütter – „you can have it all“ – wird zum Druck, auch alles erreichen zu *müssen*.

Durch den an neoliberalen Rationalitäten orientierten Umbau des Sozialstaats hat Mutterschaft die Bedeutung als Marker der Zugehörigkeit von Frauen einerseits verloren: Allein auf Basis von Mutterschaft wird Frauen keine (wenngleich verbesserte) Inklusion mehr

versprochen; im Kern des Inklusionsversprechens steht nun auch für Mütter die Teilhabe an Erwerbsarbeit. Da jedoch Mütter überproportional häufig in den prekären Randbereichen des Arbeitsmarktes beschäftigt sind, ist dieses Versprechen für viele Frauen hohl. Gleichzeitig und andererseits ist das Mutterwerden weiterhin relevant für die gesellschaftliche Anerkennung von Frauen und für ihre Subjektivierung zur Weiblichkeit. Mutterschaft wird also nach wie vor von Frauen erwartet, obwohl damit kein institutionalisiertes Inklusionsversprechen mehr einhergeht.

Bedeutung von Mutterschaft für die politische Zugehörigkeit von Frauen in der völkischen Ideologie

Die extreme Rechte agiert ebenfalls vor dem Hintergrund dieser politischen, ökonomischen und sozialstaatlichen Entwicklungen, ihre Thematisierungen von Mutterschaft sind immer auch Reaktionen auf aktuelle gesellschaftliche Zustände. Gleichzeitig können diese jüngeren Thematisierungen von Mutterschaft erst mit Blick auf die (historische) Bedeutung von Mutterschaft für die völkische Ideologie und die Konstruktion politischer Zugehörigkeit in dem darin anvisierten Gemeinwesen, der ‚Volksgemeinschaft‘, adäquat verstanden und eingeordnet werden.

Völkische Ideologie basiert darauf, biologistischen Konzepten von ‚Rasse‘ und Geschlecht politische Relevanz zu verleihen. Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen wird mit vorpolitischen Kategorien definiert und ethnisch bestimmt: Zugehörigkeit entsteht durch Abstammung (vgl. Salzborn 2020: 30). Daraus erschließt sich die basale Bedeutung von Mutterschaft für die völkische Ideologie im Allgemeinen und für die Konstruktion ihres zentralen politischen Gemeinwesens, der ‚Volksgemeinschaft‘, im Speziellen. Ein dichotomes und patriarchales Geschlechterverhältnis und essentialistische Geschlechterrollen sind notwendige Bedingungen für die Existenz und das Funktionieren des Konstrukts der ‚Volksgemeinschaft‘ (vgl. u. a. Lehnert 2010; Lang 2010; Laumann 2014; Bitzan 2016). Vermeintlich aus der Biologie ableitbare geschlechtsspezifische ‚Wesensarten‘ bestimmen hier die soziale Rolle und die damit einhergehenden Aufgaben von Männern und Frauen. Frauen kommt dabei die Aufgabe zu, für die generative Reproduktion zu sorgen (also Kinder zu gebären), die Kinder großzuziehen sowie Bräuche und Traditionen zu pflegen und an die nächste Generation zu vermitteln. Die Kategorie Geschlecht dient also im Volksgemeinschaftsmodell als „Ordnungsinstanz nach innen“ (Lehnert 2010: 89).

Im Nationalsozialismus war eine völkische Interpretation des Konstrukts der Volksgemeinschaft nicht nur Kern der Ideologie, sondern auch der realpolitischen Formierung des nationalsozialistischen Staats. Politisch zugehörig konnte nur sein, wer zur ‚Blutgemeinschaft der Deutschen‘ gehörte (vgl. Wildt 2018: 44). Aus der Konstruktionslogik eines solchermaßen organisch-biologistisch gedachten Volkskörpers erschließt sich die Bedeutung von Mutterschaft für die völkische Konstruktion der Volksgemeinschaft: „In einem Staat, dessen erstes Ziel die mit modernster Bio- und Sozialtechnik vorangetriebene Gesundung und Verbesserung des Volkskörpers und die Vervollkommenung des Menschen war, konnte ihre [der Mutter] Rolle schwerlich überschätzt werden“ (Vinken 2001: 260). Mit ihrer Zuständigkeit für Reproduktion und Erziehung hatten Frauen eine eminent wichtige Aufgabe für die na-

tionalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘ zu erfüllen. Dadurch, dass beides – generative Reproduktion und Erziehung – als politisch-völkische Aufgabe galt (vgl. Brockhaus 2018), wurden Frauen als Mütter in einen *unmittelbaren* Bezug zum totalitären Staat gesetzt. Dies geschah, indem die bürgerliche Familienideologie untergraben, die Ehefrau aus ihrer persönlichen Abhängigkeit vom Ehemann entlassen und das Private kollektiviert wurde (vgl. Vinken 2001: 277). Im Kern der angestrebten Gesellschaftsordnung standen „nicht Ehemann und Ehefrau, sondern Soldat und Mutter“ (Koonz 1991: 428).

Die nationalsozialistische Inklusionspolitik, in deren Zentrum die Konstruktion eines ethnisch homogenen ‚Volkes‘ stand, beruhte jedoch maßgeblich auf einer „Exklusionsdrohung“ (Latzel 2018: 16): Die *Gewährung* von Zugehörigkeit stand in unmittelbarer Wechselwirkung mit ihrer *Verweigerung*. Gemäß den Prämissen der völkisch-ethnischen, über Abstammung regulierten Auffassung von Zugehörigkeit ist Mutterschaft auch für das Verständnis dieser Exklusionsprozesse von erheblicher Bedeutung. Bei ‚andersrassigen‘ oder ‚gemeinschaftsfremden‘ Frauen war Mutterschaft unerwünscht, wurde mit Repression belegt und aktiv verhindert (vgl. etwa Schnorr 2018; Heinemann 2018). Der Mutterkult galt also mitnichten für alle Frauen gleichermaßen, sondern war von zahlreichen Ausschlüssen durchzogen, die für viele Frauen tödlich endeten.

Nach 1945 ließ und lässt sich eine Kontinuität völkischer Ideologie (in der unmittelbaren Nachkriegszeit über verschiedene politische Lager hinweg, später dann vornehmlich in der extremen Rechten) sowohl hinsichtlich der ihr zugrunde liegenden Geschlechterbilder als auch hinsichtlich der Bedeutung der ‚Volksgemeinschaft‘ beobachten. Ein biopolitisches Verständnis des Volkskörpers gehört bis heute zu den Kernelementen der auf völkischem Grundverständnis begründeten ‚Schicksalsgemeinschaft‘ (Kellershohn 2013: 8). Die Verantwortung, diesen Volkskörper quantitativ zu vermehren und in seiner Substanz qualitativ zu verbessern, wird nach wie vor Frauen als Müttern zugeschrieben.

Extrem rechte Thematisierungen von Mutterschaft

Die Kontinuität, mit der die Zentralität der Mutterschaft für die völkische Ideologie reproduziert und aktualisiert wird, lässt sich etwa beobachten, wenn angesichts des vermeintlich bevorstehenden „Volkstods“ die biopolitische Verantwortung der „weißen Frau“ beschworen (vgl. Botsch/Kopke 2018) oder die Rolle der Mutterschaft für die Verhinderung des „Großen Austauschs“ betont wird (vgl. Goetz 2017). Die Kontinuität lässt sich auch daran beobachten, dass völkische Frauenorganisationen „teilweise ganz ungebrochen“ an nationalsozialistische Geschlechterleitbilder anknüpfen (Bitzan 2016). All dies zeigt die Aktualität der Bedeutung von Mutterschaft als Kernelement des extrem rechten Frauenbildes und als wichtigster Aufgabe von Frauen.

Gleichzeitig sind Modernisierungen erkennbar, bei denen das „Frauenbild über Mutterschaft hinaus erweiter[t]“ wird (Bitzan 2016: 343). Basierend auf einer umfangreichen Untersuchung von Selbstzeugnissen extrem rechter Frauen konstatiert Bitzan schon für die 1990er-Jahre eine Vervielfältigung an denk- und lebbar-rechten Frauenbildern (Bitzan 2000), wobei die ‚Volksgemeinschaft‘ als übergeordnetes Projekt immer Bezugspunkt bleibe (Bitzan 2011: 115). Neben das klassische Bild der extrem rechten Frau, das nahezu aus-

schließlich auf Mutterschaft fokussiere, seien erweiterte Modelle getreten, in denen Frauen zusätzlich zur Mutterschaft auch die Berufstätigkeit oder der politische Aktivismus offenstehen. Wie Mutterschaft vor dem Hintergrund dieser Pluralisierung thematisiert wird, werde ich im Folgenden exemplarisch an Aussagen von Protagonistinnen der ‚Identitären Bewegung‘ und der Partei AfD – also von Frauen, die als politische Aktivistinnen bzw. Politikerinnen jenem pluralisierten Frauenbild entsprechen – herausarbeiten.⁴

Entsprechend der konstatierten Pluralisierung der Weiblichkeitsvorstellungen und weiblichen Lebensentwürfe auch in der extremen Rechten stellen die Protagonistinnen die Mutterschaft als eine Rolle neben andere, die sie in ihrem Leben verbinden bzw. zu verbinden beabsichtigen: „Auf der einen Seite wollen wir politisch etwas bewegen und unser Land voranbringen, gleichzeitig wollen wir aber auch einen Beruf erlernen, studieren und irgendwann eine Familie gründen“ (Arcadi-Magazin, Heft 3/ 2018). Konform mit der Bedeutung der Mutterschaft als Kernelement der völkischen Ideologie wird jedoch die Mutterschaft als der Lebensinhalt von Frauen nicht in Frage gestellt (vgl. dazu auch Lang/Reusch i.E.). Ausdruck findet dies etwa in der Aussage einer Aktivistin der ‚Identitären Bewegung‘, es sei ihr „ultimatives Ziel“ (Arcadi-Magazin, Heft 1/2017), eine Familie zu haben. Dass Mutterschaft als selbstverständliche Bestimmung für Frauen gilt, ist vor dem Hintergrund der völkischen Ideologie zu erwarten. Auffällig ist hingegen die Tatsache, dass und wie dies *begründet* wird: Mutter zu werden und auf eine bestimmte Art Mutter zu sein wird als Ergebnis von individuellen und freien Entscheidungen dargestellt.

Vereinzelte wird diese Freiheit bereits bei der Entscheidung zum Kinderwunsch betont: Haas zitiert eine Aktivistin der ‚Identitären Bewegung‘ mit der Aussage, eine Frau, die sich für Kinder und gegen eine Karriere entscheide, werde „nicht vom Patriarchat unterdrückt und als Gebärmaschine missbraucht, nein, sie entscheidet sich aus freien Stücken ihren Kinderwunsch zu erfüllen“ (zit. n. Haas 2020: 98). Häufiger findet sich die Rede von der freien Entscheidung dann, wenn es um die Frage der konkreten Gestaltung des Lebens mit Kindern geht. Die soeben erwähnte Aktivistin der ‚Identitären Bewegung‘ aus der Studie von Haas wird mit der Aussage zitiert: „Mutter Natur hat die Frauen mit einem engen Band zu ihren Kindern beschenkt und durch natürliche Gegebenheiten ist es dann meist so, dass Frauen sich entscheiden, eine Auszeit von der Arbeit zu nehmen und ihre Sprösslinge die ersten Jahre ihres Lebens intensiv zu begleiten. Diese Entscheidung wird uns Frauen jedoch nicht aufgezwungen“ (zit. n. Haas 2020: 99). Frauen entscheiden sich also angeblich freiwillig, den „natürlichen Gegebenheiten“ – sprich: ihrer vermeintlich biologischen Bestimmung – zu folgen und ihre (Klein-)Kinder zu Hause zu betreuen. Und genauso wenig, wie diese Entscheidung mit Zwang verbunden sei, habe sie Verlusterfahrungen zur Folge: „Mutter und Hausfrau sein bedeutet schon lange nicht mehr, keine Teilhabe am sozialen und politischen

4 Die Daten entstammen zu großen Teilen dem empirischen Material des Projekts „Weiblichkeitskonstruktionen und Vorstellungen von Mutterschaft bei Protagonistinnen der völkisch-nationalistischen Rechten – Perspektiven für eine geschlechtersensible politische Bildung“ an der Universität Gießen, gefördert durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst (HMWK), das die Autorin gemeinsam mit Juliane Lang und Sophie Schmitt durchführt. Es handelt sich bei diesem Material um Debattenbeiträge von Funktionsträgerinnen und Protagonistinnen der autoritären und extremen Rechten aus dem Zeitraum 2013–2018, das inhaltsanalytisch ausgewertet wurde (Kuckartz 2019). Im Korpus befinden sich Bundestagsreden von Parlamentarierinnen sowie Beiträge von und Interviews mit Protagonistinnen, die in vier Zeitungen und Magazinen der autoritären und extremen Rechten oder auf Blogs veröffentlicht wurden. Ergänzend hinzugezogen wurden für diesen Beitrag Aussagen von Mitgliedern der ‚Identitären Bewegung‘, die in der Studie zu Selbstbildern identitärer Frauen von Julia Haas zitiert werden (Haas 2020). Das Material von Haas, das im Zeitraum 2015–2018 gesammelt wurde, entstammt vornehmlich sozialen Medien (vgl. Haas 2020: 63 f.).

Leben zu haben. Es schließt auch nicht aus, sich selbst verwirklichen zu können“ (Arcadi-Magazin, Heft 1/2018).

Vielmehr, so betonen die Protagonistinnen immer wieder, seien es die vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen, die es Frauen verunmöglichen, eine wirklich freie Entscheidung treffen zu können: „Während sich vielleicht zu Großmutterns Zeiten die Frauen nur selten für eine berufliche Karriere entscheiden konnten, so kann sich eine Frau heute nur schwer und mit gesellschaftlichem Widerstand verbunden für eine familiäre Karriere entscheiden“ (Blog des Arcadi-Magazins, 2017). Einem Konglomerat aus Regierungshandeln, Kapitalismus, öffentlichem und wissenschaftlichem Diskurs wird angelastet, dass Mütter „in die Erwerbsarbeit gepresst“ (BT-Sitzungsprotokoll vom 03.07.2018) würden. Frauen erlebten hinsichtlich ihrer auf Mutterschaft bezogenen Lebensvorstellungen finanziellen Druck und gesellschaftlichen Zwang, der sich in Herabwürdigung und fehlender Anerkennung ausdrücke. So berichtet eine bloggende Aktivistin, dass Kommentatoren ihrer Posts immer wieder die „Lebensentscheidung vieler junger Frauen als falsch, dumm und nicht erstrebenswert herabwürdigen“ (Arcdi-Magazin, Heft 1/2018) würden. Eine andere beklagt sich darüber, als Frau, die sich für eine familiäre Karriere entschieden habe, „von führenden Politikern häufig als inkompetent, entbehrlich und ersetzbar dargestellt“ (Blog des Arcadi-Magazins, 2017) zu werden.

Die untersuchten Protagonistinnen jedoch legen nahe, diesem Druck individuell widerstehen zu können: „Trotz des finanziellen Drucks und trotz der gesellschaftlichen Zwänge hörten wir auf unseren Instinkt“ (Blog des Arcadi-Magazins, 2017). Dabei laden sie das Kinderkriegen mit einer positiven und überindividuellen Bedeutung auf: „Habt Mut zur Weiblichkeit und seid stolz darauf. Wir sind das Ebenbild einer Gesellschaft[,] in der wir leben wollen. Seid deswegen genau das Gegenteil von diesen linksgrünen Feministinnen, die uns sagen wollen, wie wir zu sein haben! Gründet eine Familie mit vielen Kindern. Werdet ehrbare, stolze Frauen und Mütter!“ (Arcadi-Magazin, Heft 2/2018). Die Absicht, Kinder zu bekommen, und diese zu Hause betreuen zu wollen, wird trotz völkischer Mutterschaftsideologie als völlig freie Entscheidung dargestellt und vor dem Hintergrund vermeintlich mütterfeindlicher gesellschaftlicher Bedingungen zum widerständigen Akt mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung erklärt.

Verstärkt wird der Eindruck, dass Mutterschaft ein Ergebnis individueller Entscheidungen sei, auch durch eine rhetorische Ent-Feminisierung der elterlichen Sorgeposition. So sprechen Politikerinnen der AfD in ihren Reden im Bundestag konsequent von „Eltern“, „jungen Menschen“ oder aber von „Müttern und Vätern“ gleichzeitig, wenn es etwa um die Arbeitsteilung in Familien geht. Selbige Rhetorik findet sich auch in programmatischen Dokumenten der Partei wie dem Bundestag-Wahlprogramm 2021. Eine Konfrontation der Gleichstellungsrhetorik mit der dahinterstehenden Ideologie und eine Gesamtschau auf die Dokumente zeigt jedoch deutlich: Es wird auch dann von Eltern gesprochen, wenn eindeutig Mütter gemeint sind.

Diskussion: ein modernisiertes Inklusionsversprechen?

Wie oben dargestellt, beschränken sich die extrem rechten Protagonistinnen nicht darauf, Mutterschaft zu essentialisieren und als weibliche Bestimmung zu präsentieren (vgl. Haas 2020: 102). Vielmehr stellen sie die Entscheidung von Frauen zur Mutterschaft respektive zu einer bestimmten Weise, das Leben mit Kindern zu gestalten, auch als das Ergebnis einer selbstbestimmten Entscheidung von Frauen dar, sich nicht von gesellschaftlichen Zwängen und Druck verunsichern zu lassen, sondern ihrer ‚Natur‘ zu folgen. Die extrem rechten Protagonistinnen eignen sich in ihren Thematisierungen von Mutterschaft ein zentrales Element liberalen Denkens an, die individuelle Freiheit, das sich in seiner neoliberalen Ausprägung als individuelle Wahl- und Entscheidungsfreiheit näher bestimmen lässt. Indem sie das Mutterwerden als Ausdruck weiblicher Naturhaftigkeit einerseits als individuelle Wahl darstellen (die theoretisch auch anders hätte ausfallen können) und es gleichzeitig zu einem (positiv bewerteten) Akt der Rebellion gegen „das System“ machen, betonen sie den gesellschaftlichen Wert der Selbstbestimmung und verleihen der Entscheidung für Kinder gleichzeitig eine überindividuelle Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedingungen von Mutterschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts kann das als modernisiertes Inklusionsversprechen verstanden werden. Durch die Kommodifizierung von Müttern und die Individualisierung ihres Verhältnisses zum Wohlfahrtsstaat hat die Mutterschaft ihre (wenngleich heimliche) Bedeutung als Marker der Zugehörigkeit von Frauen zum liberalen Gemeinwesen eingebüßt. Zugehörigkeit erreichen Frauen nun ebenso wie Männer durch Leistungserbringung auf dem Arbeitsmarkt, wobei sich die Leistungserwartungen für alle verschärft haben. Gleichzeitig haben an einer neoliberalen Rationalität orientierte Deutungsmuster in den gesellschaftlichen Diskurs um Mutterschaft Einzug gehalten, die die Wirkmächtigkeit gesellschaftspolitischer Anrufungen zur Mutterschaft verschleiern und das Mutterwerden als Ausdruck einer informierten Entscheidung darstellen, für deren Konsequenzen jede Frau selbst die Verantwortung zu tragen hat. Die Bedingungen jedoch, unter denen Frauen Kinder bekommen und großziehen, sind weitgehend fürsorgefeindlich, sodass es für Frauen – abhängig vom sozio-ökonomischen Status – mitunter unerreichbar wird, die (eigenen oder fremden) Erwartungen an das Muttersein zufriedenstellend zu erfüllen, der Entscheidung zur Mutterschaft also eine im Sinne des Leitbilds gelingende Praxis folgen zu lassen.

In diesem Kontext entfalten die Thematisierungen von Mutterschaft der extremen Rechten ihre Wirksamkeit. Ohne in den aus dem nationalsozialistischen Regime bekannten Kollektivismus zu verfallen und ohne Selbstbestimmung als hegemoniale gesellschaftliche Norm preiszugeben, vermögen sie es, dem individuellen Handeln eine über das Individuelle hinausgehende Bedeutung zu geben und Sinn zu verleihen. Damit machen sie ein Angebot, Gemeinschaft erfahren zu können – sie machen Frauen ein modernisiertes Zugehörigkeitsangebot, für das diese nichts leisten müssen außer der Bereitschaft, Mutter zu sein.

Der liberaldemokratische Staat kann diesem Angebot nichts entgegensetzen. Es sind die oben ausgeführten Widersprüche im liberalen Denken selbst – die Tatsache, dass die Mutterschaft paradoxerweise den Einschluss der Frauen in das politische Gemeinwesen und gleichzeitig ihren Ausschluss daraus begründet –, die dazu geführt haben, dass weibliche Lebensläufe und damit auch ein Kerninhalt dieser Lebensläufe, die Fürsorge, verbesondert integriert sind. Und es ist der an neoliberalen Rationalitäten orientierte Umbau des Sozial-

staats, durch den das Problem weiter zugespitzt wurde, indem zwar die Verbesonderung der Frauen aufgekündigt, gleichzeitig aber die weiterhin bestehende Familialisierung der Fürsorgetätigkeiten verschleiert wurde.

Haas beobachtet hinsichtlich der Pluralisierung extrem rechter Weiblichkeitsvorstellungen eine Anpassung der extremen Rechten an den Status Quo eines Mainstreams, der durch Errungenschaften der Frauenbewegung gekennzeichnet sei, die „mit dem Rückenwind eines neoliberalen Kapitalismus“ ihre Wirkung entfalten. Die ‚Identitären‘ erkennen Haas zufolge diesen Status Quo strategisch an und verarbeiten ihn in ihrer Ideologie (vgl. Haas 2020: 208). Mit Blick auf das Thema Mutterschaft kann darüber hinausgehend formuliert werden: Die extreme Rechte anerkennt und verarbeitet diesen Status Quo nicht nur, sondern macht sich seine Widersprüche aktiv zunutze. Widersprüche, die dadurch entstehen, dass die grundlegende Bedeutung von Fürsorgearbeit für das Funktionieren von Gesellschaften negiert oder nur sehr selektiv integriert wird und für die Zugehörigkeit derjenigen, die sie vollbringen, historisch nur im Zusammenhang mit einer Verbesonderung Geltung erhielt; Widersprüche, die durch den neoliberalen Umbau des Sozialstaats letztlich verschleiert und verschärft wurden, weil der Kompromiss der verbesonderten Zugehörigkeit aufgekündigt wurde, ohne die Tätigkeiten, die die Verbesonderung begründeten, in ihrer Bedeutung für das Funktionieren der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Fazit

Mutterschaft, so lässt sich zusammenfassen, ist eine zentrale Kategorie für die Einbeziehung von Frauen in die soziale Ordnung. Im liberalen Denkgebäude und im liberaldemokratischen Staat begründete die Gebärfähigkeit der Frauen ihre verbesonderte, aus den Zugehörigkeitsrechten ihres Ehemannes abgeleitete Inklusion. Diese familialistische Form der Zugehörigkeit für Frauen wurde im Zuge des an neoliberalen Rationalitäten orientierten Umbaus des Sozialstaats durch eine individualistische Form ersetzt, Frauen wurden – ebenso wie vor ihnen die Männer – kommodifiziert. Gleichzeitig blieben Fürsorgetätigkeiten jedoch weitgehend familialisiert und im Verantwortungsbereich der Frauen, statt dass gesellschaftliche Lösungen dafür gesucht worden wären. Die individuellen Überforderungen und gesellschaftlichen Verwerfungen, die diese Konstellation – insbesondere in Form einer Krise der sozialen Reproduktion – hervorbringt, eröffnete der extremen Rechten die Möglichkeit, Frauen ein modernisiertes Zugehörigkeitsversprechen auf Basis von Mutterschaft zu machen. Indem sie die Entscheidung zur Mutterschaft als vermeintlich freie Entscheidung, ihrer ‚Natur‘ zu folgen, damit verbindet, dieser Entscheidung eine überindividuelle Bedeutung zu verleihen, nutzt sie aktiv die Widersprüche der liberalen Demokratie und ihre Verschärfung unter neoliberalen Vorzeichen aus.

Die Ergebnisse meiner Untersuchung bestätigen damit, was feministische Wissenschaftler*innen seit Jahren kritisieren: Statt das Grundvermächtnis des Liberalismus, die ungeklärte Frage des politischen Status von Fürsorgetätigkeiten, zu debattieren und gesellschaftliche Lösungen für den gesellschaftlichen Fürsorgebedarf zu finden, werden Fürsorgetätigkeiten in den privatisierten Raum abgeschoben und verbleiben dort weiterhin überwiegend in der Verantwortung der Frauen, während diese gleichzeitig gezwungen sind, ihre

Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen und zum Sozialverbund mittels Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erwerben. Durch den an neoliberalen Rationalitäten orientierten Umbau des Sozialstaats sind diese Brüche verschärft worden und haben in der Form der Krise der sozialen Reproduktion zu einem deutlichen Riss geführt. Darüber hinaus fehlen emanzipatorische Entwürfe des Mutterseins (vgl. Reusch 2018). Es ist diese Konstellation, die es ermöglicht, dass die extreme Rechte Frauen unter Rückgriff auf Mutterschaft ein modernisiertes Inklusionsversprechen machen kann. Es sind damit diese Widersprüche, die debattiert und gelöst werden müssen, um der extremen Rechten etwas entgegenzusetzen.

Quellen

Arcadi-Magazin:

[Blog des Arcadi-Magazins, 2017] Boumann-Quast, Daniela: Warum ich heutzutage gerne Mutter bin. Veröffentlicht am 21.03.2017 auf dem Blog des Arcadi-Magazins.

[Arcadi-Magazin, Heft 2/2018] N.N.: Kathrin Filser vorgestellt. In: Heft 02/2018. S. 15.

[Arcadi-Magazin, Heft 3/2018] N.N.: Das schönste Gesicht Hamburgs. Marie-Thérèse Kaiser im Interview. In: Heft 03/2018. S. 12–20.

[Arcadi-Magazin, Heft 1/2017] Noe, Yannick: Brittany Pettibone im Interview. In: Heft 01/2017. S. 8–10.

[Arcadi-Magazin, Heft 1/2018] Noe, Yannick: radikal feminin. [Interview mit Annika Stahn]. In: Heft 01/2018. S. 8–11.

Bundestag:

[BT-Sitzungsprotokoll vom 03.07.2018] Rede von Beatrix von Storch (MdB) im Deutschen Bundestag, 03.07.2018. In: Protokoll der 44. Sitzung der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. S. 4617–4618.

Literaturverzeichnis

Appelt, Erna (1999). *Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Nation. Politische Konstruktionen des Geschlechterverhältnisses in Europa*. Frankfurt a. M./New York: Campus.

Auth, Diana; Klenner, Christina & Leitner, Sigrid (2015). *Neue Sorgekonflikte: Die Zumutungen des Adult worker model*. In Susanne Völker & Michèle Amacker (Hrsg.), *Prekarisierungen. Arbeit, Sorge und Politik* (S. 42–58). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.

Berghahn, Sabine (2011). *Der Ritt auf der Schnecke. Rechtliche Gleichstellung in der Bundesrepublik Deutschland*. Zugriff am 20. Juni 2021 unter https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/pol_sys/gleichstellung/Der_Ritt_auf_der_Schnecke/Ritt-Schnecke-Vollstaendig.pdf?1361541637.

Bitzan, Renate (2000): *Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken*. Tübingen: edition diskord.

Bitzan, Renate (2016). *Geschlechterkonstruktionen und Geschlechterverhältnisse in der extremen Rechten*. In Fabian Virchow; Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 325–374). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19085-3_12

Botsch, Gideon & Kopke, Christoph (2018): *Der „Volkstod“*. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. In Juliane Lang & Ulrich Peters (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt* (S. 63–90). Hamburg: Marta Press.

- Brockhaus, Gudrun (2018). Die deutsche Mutter als Siegerin im Geschlechterkampf. Subtexte in Johanna Haarers Ratgebern. In Klaus Latzel (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft* (S. 45–64). Göttingen: Wallstein.
- Brown, Wendy (2019). Das Monster des Neoliberalismus. Autoritäre Freiheit in den ‚Demokratien‘ des 21. Jahrhunderts. In Ulf Bohmann & Paul Sörensen (Hrsg.), *Kritische Theorie der Politik* (S. 539–576). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021). Eltern sein in Deutschland. Zusammenfassung des Gutachtens der Sachverständigenkommission. Berlin.
- Correll, Lena (2010). Anrufungen zur Mutterschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung von Kinderlosigkeit. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Czerney, Sarah; Eckert, Lena & Martin, Silke (2020). Mutterschaft und Wissenschaft – eine Einführung. In Sarah Czerney; Lena Eckert & Silke Martin (Hrsg.), *Mutterschaft und Wissenschaft. Die (Un-) Vereinbarkeit von Mutterbild und wissenschaftlicher Tätigkeit* (S. 1–24). Wiesbaden: Springer. <https://doi-org.ezproxy.uni-giessen.de/10.1007/978-3-658-30932-9>
- Gerhard, Ute (1981). Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit, Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Goetz, Judith (2017). „Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt...“. Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der Identitären. In Judith Goetz; Joseph Maria Sedlacek & Alexander Winkler (Hrsg.), *Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen Identitären* (S. 253–284). Hamburg: Marta Press.
- Grünendahl, Sarah J.; Kewes, Andreas; Mouissi, Jasmin; Ndahayao, Emmanuel & Nieswandt, Carolin (2019). Staatsbürgerschaft im Spannungsfeld von Inklusion und Exklusion. Wiesbaden: Springer VS.
- Haas, Julia (2020): „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
- Hausen, Karin (1992). Öffentlichkeit und Privatheit: gesellschaftspolitische Konstruktionen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen. In Karin Hausen & Heide Wunder (Hrsg.), *Frauengeschichte – Geschlechtergeschichte* (S. 81–88). Frankfurt a. M.: Campus.
- Heinemann, Isabel (2018). „Keimzelle des Rassenstaates“. Die Familie als Relais der nationalsozialistischen Umsiedlungspolitik in Osteuropa. In Klaus Latzel (Hrsg.), *Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft* (S. 133–154). Göttingen: Wallstein.
- Hobler, Dietmar; Lott, Yvonne; Pfahl, Svenja & Schulze Buschoff, Karin (2020). Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Düsseldorf: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut.
- Kellershohn, Helmut (2013). Zur Einführung. In Helmut Kellershohn (Hrsg.), *Die deutsche Stimme der jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten* (S. 5–29). Münster: Unrast.
- Koonz, Claudia (1991 [1986]). *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*. Freiburg im Breisgau: Kore.
- Kuckartz, Udo (2018). *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden. Praxis, Computerunterstützung*. Weinheim: Beltz.
- Lang, Juliane (2010). „... diese Gemeinschaft von Frauen, unter Frauen, gemeinsam mit Frauen sitzen und sich besprechen und so weiter, tut Frauen einfach gut.“ Frauen im Rechtsextremismus. In Robert Claus; Esther Lehnert & Yves Müller (Hrsg.), *„Was ein rechter Mann ist ...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus* (S. 127–142). Berlin: Karl Dietz.
- Lang, Juliane & Reusch, Marie (i.E.). Kinder, Küche, Politik? Vereinbarkeitsfragen in der autoritären und extremen Rechten. In Marie Fröhlich; Ronja Schütz & Katharina Wolf (Hrsg.), *Politiken der Reproduktion. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder*. Bielefeld: transcript.
- Laumann, Vivien (2014). (R)echte Geschlechter? Die Bedeutung von Geschlecht für rechte Ideologien und Lebenswelten. In Katharina Debus & Vivien Laumann (Hrsg.), *Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt Macht Pädagogik* (S. 19–30). Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.
- Latzel, Klaus (2018). *Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft*. Göttingen: Wallstein.

- Lehnert, Esther (2010). „Angriff auf Gender Mainstreaming und Homo-Lobby“ – der moderne Rechtsextremismus und seine nationalsozialistischen Bezüge am Beispiel der Geschlechterordnung. In Robert Claus; Esther Lehnert & Yves Müller (Hrsg.), „Was ein rechter Mann ist ...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus (S. 89–99). Berlin: Karl Dietz.
- Leitner, Sigrid (2017). De-Familisierung im Adult Worker Model: Wo bleibt die Sorgearbeit? Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, 37(144), S. 55–66.
- Lewis, Jane (2003). Erwerbstätigkeit versus Betreuungsarbeit. In Ute Gerhard; Trudie Knijn & Anja Weckwert (Hrsg.), Erwerbstätige Mütter. Ein europäischer Vergleich (S. 29–52). München: C.H. Beck.
- Malich, Lisa (2014). Verunsicherungsmaschinen: Anmerkungen zu feministischer Mutterschaft. In Yvonne Franke; Kati Mozygemba; Kathleen Pöge; Bettina Ritter & Dagmar Venohr (Hrsg.), Feminismen heute. Positionen in Theorie und Praxis (S. 155–168). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839426739.155>
- Notz, Gisela (2015). Kritik des Familialismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. Stuttgart: Schmetterling.
- Pateman, Carole (1992). Gleichheit, Differenz, Unterordnung. Die Mutterschaftspolitik und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen. Feministische Studien, 10(1), S. 54–69. <https://doi.org/10.1515/fs-1992-0106>
- Reusch, Marie (2018). Emanzipation undenkbar? Mutterschaft und Feminismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Reusch, Marie (i.E.). Mütter. In Wolfgang Fritz Haug; Frigga Haug; Peter Jehle & Wolfgang Küttler (Hrsg.), Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. Bd. 9.2. Hamburg: Argument.
- Salzborn, Samuel (2017). Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schnorr, Mirjam (2018). Jenseits der „Volksgemeinschaft“? Von Prostituierten und Zuhältern. In Klaus Latzel (Hrsg.), Geschlechterbeziehungen und Volksgemeinschaft (S. 109–132). Göttingen: Wallstein.
- Schrupp, Antje (2019). Schwangerwerdenkönnen. Essay über Körper, Geschlecht und Politik. Roßdorf: Ulrike Helmer.
- Tichy, Leila Zoe & Krüger-Kirm, Helga (2018). Sie sollen Mutter werden und Frau sein. Freie Assoziation, 21(1), S. 89–94. <https://doi.org/10.30820/8228.13>
- Tichy, Leila Zoe & Krüger-Kirm, Helga (2019). The „Do-It-All-Mother“ – Discursive Strategies and Post-Feminist Alliances in Parenting Magazines. Open Gender Journal, S. 1–14. <https://doi.org/10.17169/ogj.2019.75>
- Vinken, Barbara (2001). Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos. München/Zürich: Piper.
- Wildt, Michael (2018). Das Ich und das Wir. Subjekt, Gesellschaft und ‚Volksgemeinschaft‘ im Nationalsozialismus. In Detlef Schmiechen-Ackermann; Marlis Buchholz; Christiane Schröder & Bianca Roitsch (Hrsg.), Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte (S. 37–49). Paderborn: Ferdinand Schöningh. https://doi.org/10.30965/9783657786480_004
- Winker, Gabriele (2021). Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839454633>
- Yuval-Davis, Nira (1996). Women and the biological reproduction of „the nation“. Women’s Studies International Forum, 19(1–2), S. 17–24. [https://doi.org/10.1016/0277-5395\(95\)00075-5](https://doi.org/10.1016/0277-5395(95)00075-5)